

<p>STELLUNGNAHME zum gemeinsamen Antrag Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Johannes Honné (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Lüppo Cramer (KULT) Stadtrat Dr. Eberhard Fischer (KULT) KULT-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) vom: 26.10.2015 eingegangen: 26.10.2015</p>	<p>Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:</p>	<p>17. Plenarsitzung Gemeinderat 24.11.2015 2015/0639 29 öffentlich Dez. 1</p>
<p>Mitfahrportal für Pendlerinnen und Pendler in der Technologieregion Karlsruhe</p>		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung prüft derzeit die Einführung eines Mitfahrportals in Stadt und Region Karlsruhe. Hierzu sollen u. a. Erfahrungen und Ergebnisse bei Nutzern und Betreibern von bereits eingeführten Portalen erhoben werden. Eine Einbindung eines ggf. anzuschaffenden Systems in RegioMOVE ist sicherzustellen.

Die Verwaltung wird den Gemeinderat nach Abschluss der Prüfung informieren und bittet den Antrag bis dahin als erledigt zu betrachten.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Derzeit nicht bezifferbar.	Derzeit nicht bezifferbar.	Derzeit nicht bezifferbar.	Derzeit nicht bezifferbar.
Haushaltsmittel (bitte auswählen) Kontenart: Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) Ergänzende Erläuterungen:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>		Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit

Mobilität ist als Themenfeld im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2020 verankert. Zahlreiche Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität wurden zwischenzeitlich durch die Stadtverwaltung auf den Weg gebracht. Exemplarisch zu nennen sind: der Verkehrsentwicklungsplan, die MobilitätsApp Karlsruhe/TechnologieRegion Karlsruhe, der Ausbau fahrradgerechterer Infrastrukturen oder die Mitwirkung von Tiefbauamt, Stadtplanungsamt und Wirtschaftsförderung am regionalen Projekt RegioMOVE. RegioMOVE soll vorhandene Mobilitätsangebote innerhalb der TechnologieRegion Karlsruhe mit neuen Dienstleistungen zu einem multi- und intermodalen Mobilitätskonzept verknüpfen. Durch das Vorhaben RegioMOVE wird ein regionaler und anbieterübergreifender, flexibler Verkehrsverbund geschaffen, der durch barrierefreie, multimodale Zugangspunkte vor Ort unterstützt wird. Das anbieterübergreifende Informationssystem liefert alle Informationen zu den Mobilitätsangeboten und ergänzenden Dienstleistungen, die an den Zugangspunkten erreicht werden können. Das Projekt RegioMOVE entwickelt damit ein tragfähiges, modernes Mobilitätsangebot in der TechnologieRegion Karlsruhe, das die alltäglichen Präferenzen und Komfortbedürfnisse aller Nutzer erfüllen und die Barrierefreiheit des Zugangs zu den Verkehrsträgern sicherstellen soll. Die Federführung des hinter RegioMOVE stehenden 14 Partner umfassenden Projektkonsortiums liegt beim KVV.

Karlsruhe ist zudem eine von bundesweit elf Regionen, in der das vom Bundesumweltministerium geförderte Modellprojekt Mobil.Pro.Fit. umgesetzt wird. Ziel von Mobil.Pro.Fit ist es u. a., Unternehmen beim betrieblichen Mobilitätsmanagement zu unterstützen und praxisnahe Maßnahmen umzusetzen. Mobil.Pro.Fit. vermindert das motorisierte Verkehrsaufkommen, verbessert die Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und trägt zum Klimaschutz bei. Im Rahmen der Bearbeitungsphase von Mobil.Pro.Fit. wurde durch die beteiligten Unternehmen signalisiert, dass die Einrichtung eines Mitfahrportals als sinnvoll angesehen wird. Insbesondere besteht der Wunsch, dass die Stadt Karlsruhe durch Anschaffung eines entsprechenden Systems als Vorbild auftritt und eine Signalwirkung für Unternehmen in der Region schaffen kann, um so eine „kritische Masse“ an Nutzern entstehen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund ist Anfang November 2015 eine Arbeitsgruppe der Stadt unter Leitung des Stadtplanungsamt zusammengekommen. U. a. nahmen der KVV und die TechnologieRegion Karlsruhe an der Sitzung teil. Ziel der Besprechungsrunde war es, die Bedarfe, bestehenden Angebote und Geschäftsmodelle sowie Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Einsatzes eines Pendlermobilitätssystems bei der Stadtverwaltung Karlsruhe und darüber hinaus zu prüfen. Hierbei wurde u. a. festgehalten, dass

- die Stadtwerke Karlsruhe bereits ein derartiges System testen.
- die Stadt Stuttgart in Kooperation mit der Landesregierung ein derartiges System in der Region Stuttgart nutzt.
- das Potenzial an Unternehmen und Institutionen in Karlsruhe und der Region, die ein Mitfahrerportal einführen und entsprechend finanzieren werden, derzeit nicht bekannt ist.

Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgruppe vereinbart, zunächst die Ergebnisse des Versuchs der Stadtwerke Karlsruhe zu erheben, eine Rückmeldung zu den Erfahrungen mit dem Pendlerportal in der Region Stuttgart einzuholen und schließlich im Zuge einer stichpunktartigen Befragung von Unternehmen in der Region die Bereitschaft zur Beteiligung und Finanzierung eines solchen Systems zu prüfen.

Zudem wird die Arbeitsgruppe prüfen, ob und inwiefern die Einführung eines Mitfahrportals zu einem Wettbewerb mit dem ÖPNV, dem nicht motorisierten Individualverkehr oder zu sonstigen unerwünschten Effekten führen kann.

Nach Vorliegen der Ergebnisse wird die Verwaltung den Gemeinderat informieren und eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen erarbeiten.

Unabhängig davon ist sich die Arbeitsgruppe einig, dass ein Mitfahrportal der Stadt bzw. der Region ein in RegioMOVE zu integrierender bzw. kompatibler Baustein sein sollte. Der Aufbau von technologischen oder organisatorischen Doppelstrukturen ist zu vermeiden.

Die Verwaltung weist nicht zuletzt darauf hin, dass die Einführung eines solchen Mitfahrportals mit Kosten verbunden ist und bittet den Gemeinderat vorsorglich und abhängig von seinen weiteren Entscheidungen um Einstellung entsprechender Mittel in den Haushalt unter Berücksichtigung der Vorgaben des Haushaltsstabilisierungsprozesses.